EMPIRISCHE POLITIK UDE

14-Punkte-Plan von Bildungsforscher: Was sich in der Schule nach Corona ändern muss

Prof. Dr. Michael Kerres · 24. Juni 2021
Über Politik aus der Wissenschaft

Ein Beitrag von Prof. Dr. Michael Kerres (erstveröffentlicht im Blog „Learning Lab„)

Laptop auf oder zu? Wie digital bleibt Schule nach der Corona-Krise? Geht es für viele Schüler ganz einfach wieder zurück zum „Regelbetrieb“? Bildungsforscher Michael Kerres nennt die wichtigsten Punkte, um Digitalisierung an Schulen auch nach der Pandemie voranzutreiben.

1. Digitale Basis schaffen

Die Pandemie hat gezeigt: Schule braucht eine digitale Basis-Infrastruktur. Lehrer müssen Schülern Materialien bereitstellen, Eltern eine E-Mail schreiben oder Protokolle von Konferenzen digital ablegen sowie Noten online verwalten können.

Ebenso wollen Schüler ihre Gruppenarbeiten gemeinsam mit anderen online bearbeiten und digital einreichen können. Staatlich finanzierte Schulen sind, ähnlich wie andere öffentliche Sektoren, in diesen Basis-Funktionen erstaunlich abgehängt. Das hat (noch) nichts mit pädagogischen Konzepten zu tun, sondern ist als Voraussetzung für zeitgemäßes Arbeiten in der Schule notwendig.

2. Langfristig planen

Geld ist nötig, doch löst Geld die Probleme der Schule nicht. Ihnen sind in der Pandemie hohe Summen für die digitale Ausstattung bereitgestellt worden. Doch die Digitalisierung lässt sich nicht über einzelne Fördertöpfe bewerkstelligen.

Es bedarf einer Reihe von abgestimmten Maßnahmen. Sie sind in Absprache mit den Kommunen, die zumeist für die Sachausstattung der öffentlichen Schulen zuständig sind, längerfristig zu planen. Dazu gehört ein stetiges Budget für Erneuerungsbedarf und Software; auch ist zu klären, wer die anzuschaffende Technik betreut – an deutschen Schulen gibt es dazu kein Personal.

3. Nach der Pandemie: Schulentwicklung!

In der Pandemie waren Notlösungen gefordert, um Unterricht mit digitaler Technik *irgendwie* möglich zu machen. Viele Lehrkräfte haben einiges an Initiative und Kreativität gezeigt, um ihre Schüler trotz fehlender Technik zu erreichen.

Doch über die Initiative einzelner Lehrkräfte hinaus ist die Digitalisierung – nach der Pandemie – als Thema von Schulentwicklung im Ganzen anzugehen. Die digitale Technik schafft neue Möglichkeiten des Lernens im Klassenzimmer und über Entfernungen, aber sie beinhaltet auch Einschränkungen.

4. Was wollen wir mit Medien im Unterricht?

Digitalisierung in der Schule meint nicht nur Beschaffung von Technik plus einer Schulung zu ihrer Nutzung. Im Kern geht es darum, dass sich die Lehrkräfte im Austausch mit anderen überlegen, wie sie digitale Medien pädagogisch sinnvoll nutzen wollen. Es geht um die grundlegende Frage, wie Unterricht und Schule mit digitalen Medien erneuert werden kann.

Die Pandemie hat gezeigt: Der Unterricht lässt sich nicht einfach 1:1 ins Netz übertragen. Das Digitale hat eigene Vor- und Nachteile, die – nach der Pandemie – klug mit bisherigen Formaten zu kombinieren sind. Es bedarf neuer didaktischer Konzepte, um die Chancen des Digitalen für das Lernen zu nutzen und bisherige Formate des Unterrichts weiterzuentwickeln.

5. Schulentwicklung mehrdimensional angehen

Digitalisierung ist *eine* Dimension von Schulentwicklung, die mit weiteren Aspekten zusammenhängt: den pädagogischen Zielvorstellungen, den Inhalten und Formaten von

Unterricht, der Zusammenarbeit in der Schule, mit Eltern und anderen Akteuren, dem Commitment der Schulleitung und des Schulträgers usw.

Das Zusammenspiel dieser Dimensionen entscheidet letztlich, ob Digitalisierung erfolgreich für die Schule wird. Digitale Schulentwicklung ist dabei professionell zu organisieren und zu moderieren. Hilfreich ist auch die Zusammenarbeit von Schulen in Schulnetzwerken, in denen sich die Lehrkräfte über ihre Bemühungen und Erfahrungen austauschen.

6. Für die Lebenswelt denken

Die breite Bereitstellung von digitalen Basisdiensten, wie E-Mails, Videokonferenzen oder Dateiaustausch, ist bereits anspruchsvoll. Doch die Diskussion über die Digitalisierung kann hier nicht enden. Es geht um die weiterreichende Frage, wie wir uns das Lernen in der Schule vorstellen wollen, um für die Lebenswelt von Morgen vorzubereiten.

Der Ruf nach pädagogischen Reformen wird immer stärker; das 21. Jahrhundert wird andere pädagogische Antworten für andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen notwendig machen. Immer mehr – oft private – Schulen und Neugründungen denken Schule neu; sie finden neue Antworten darauf, wie Schulleben gestaltet, Unterricht organisiert und Lehrinhalte ausgerichtet werden können. Die Nutzung digitaler Technik ist dann ein Hilfsmittel, um diese Reformbemühungen zu unterstützen. Sie folgt den pädagogischen Innovationen und nicht umgekehrt.

7. Warum geht das alles so langsam?

Wir leben im 21. Jahrhundert: Das Internet bringt eine neue Dynamik in gesellschaftliches Handeln, das flexiblere Strukturen im öffentlichen Schulwesen erforderlich macht. Die Idee, man könne in einem Schulministerium die digitale Zukunft des Lernens in allen ihren Spezifikationen definieren und dann „ausrollen“, funktioniert nicht mehr.

Es ist neu auszutarieren, wer was im Prozess der digitalen Schulentwicklung macht. Dabei ist die dezentrale Komponente zu stärken, also die Eigenverantwortung der einzelnen Schule als Organisation. Nur sie kann auf Anforderungen und Entwicklungen

vor Ort angemessen und hinreichend schnell agieren.

8. Was ist dann die Rolle des Landes?

Staatliche Einrichtungen stellen weder Schulmöbel oder Schulbücher her, und es ist auch nicht ihre Aufgabe, Software für den pädagogischen Betrieb zu entwickeln oder Schulserver zu betreiben. Eine Ausnahme wären vielleicht spezielle Anwendungen für den Verwaltungsbereich.

In Deutschland lernen (schon vor der Pandemie) Millionen von Schülern und Studierenden mit der weltweit etablierten Lernplattform Moodle aus Australien, die als Open-Source-Lösung kostenfrei genutzt werden kann. Mehrere Anbieter bieten ihre Dienstleistungen für verschiedene Anforderungen an. Da ist es schwierig, wenn Bund und Länder eigene Softwarelösungen (mehrfach erfolglos) entwickeln lassen und selbst als Betreiber dieser Dienstleistungen in Konkurrenz zu anderen Dienstleistern auftreten.

9. Ein Markt für Bildungssoftware

Die administrativ gelenkte Softwareversorgung für Schulen hat perspektivisch einen fatalen Nebeneffekt: Sie verhindert, dass ein Markt entsteht, auf dem Unternehmen neue Produkte für die Bildung anbieten: Lern-Apps, digitale Lehrwerke, Lernplattformen, Verwaltungssoftware, Prüfungstools oder andere neuartige Anwendungen. Es erscheint wenig realistisch, dass staatliche Einrichtungen über öffentliche Ausschreibungen und die Beauftragung von Softwareentwicklungen die notwendigen Innovationen voranbringen können.

Unternehmensgründungen, die sich mit EdTech (Educational Technology) beschäftigen, werden weltweit mit Aufmerksamkeit verfolgt. Es muss ein Markt entstehen, in dem Unternehmen ihre Softwarelösungen für Bildung anbieten – auch in Deutschland und vor dem Hintergrund unserer spezifischen, von anderen Ländern oft abweichenden Vorstellungen vom Lernen.

10. Aber der Datenschutz!

Der Staat muss den Betrieb der Software organisieren, um den Datenschutz, gerade bei personenbezogenen Daten von Kindern, zu gewährleisten, könnte argumentiert werden. Doch in den vergangenen Jahren sind bei privaten wie auch bei staatlich betriebenen Rechenzentren immer wieder entsprechende Probleme sichtbar geworden. Selbstverständlich sind mit Dienstleistern, ganz egal in welcher Unternehmensform, Vereinbarungen zu treffen, die die Einhaltung von Datenschutz und anderen gesetzlichen Vorgaben sicherstellen.

Internationale Unternehmen, die dies vertraglich nicht für Deutschland zusichern mögen, wären explizit von Vergaben auszuschließen. Dass, wie momentan, eine einzelne Schulleitung bewerten soll, ob eine in Deutschland erhältliche Software den Datenschutzbestimmungen der EU entspricht, ist nicht haltbar. Bislang kommen Datenschutzbehörden in den verschiedenen Bundesländern und darüber hinaus in der EU, zu völlig unterschiedlichen Einschätzungen über „mögliche Bedenken“ gegenüber manchen Produkten.

Für die Bildungspraxis bedarf es einer Liste von zugelassenen Produkten, die die Vorgaben einhalten, auch wenn diese Liste sicherlich den einen oder anderen Konflikt hervorrufen wird: Wenn ich ein Auto beim Autohändler in Deutschland kaufe, will ich auch davon ausgehen können, dass dieses für den hiesigen Straßenverkehr zugelassen ist.

11. Und die Schulbücher?

Ministerien und Verlage haben über die Jahrzehnte ein Vorgehen für die Entwicklung und Zulassung von Schulbüchern entwickelt, das sich als praktikabel erwiesen hat, aber digitale Innovationen auffallend erschwert. Die Verlage warten auf Impulse von Seiten der Landesministerien; die Ministerien warten auf Innovationen der Verlage. Und auch die Forschung kann bislang keine klaren Antworten liefern, wie das digitale Schulbuch von Morgen aussehen sollte: Ist es ein abgeschlossenes Lehrwerk, wie ein PDF-Dokument , oder eine Website, die lizensiert wird, oder ein vorbereiteter Kurs, der für den Betrieb auf die schuleigene Lernplattform eingespielt wird?

International positionieren sich jedenfalls starke Player auf dem Markt der Bildungsmedien; doch es erscheint auch hier wichtig, mit den hiesigen Bildungsmedienverlagen interessante Lösungen für die Anliegen des deutschen Bildungsmarktes zu entwickeln.

12. Das Internet – ein Raum für offene Bildung!

Kommerzielle Anbieter stellen sich weltweit auf, um den digitalen Markt für lebenslanges Lernen zu erobern. Doch wie können wir Bildung als öffentliches Gut auch frei im Internet zugänglich machen – um dem europäischen Bildungsideal zu folgen, das unsere Kultur so sehr prägt, Bildung „für Alle“ verfügbar zu machen? Es erscheint weniger Aufgabe staatlicher Stellen, Schulserver zu betreiben oder einzelne Bildungsinhalte vorzuhalten, aber es ist ein politisch wichtiges Anliegen, das Internet als *Raum für offene Bildung* zu entwickeln!

Die politische Aufgabe besteht darin, die richtigen Weichen zu stellen, um eine solche Rahmung zu schaffen. Das fängt etwa damit an, dass mit den Verlagen für Bildungsmedien neue Geschäftsmodelle zu erarbeiten sind, wie Bildungsmaterialien offen zugänglich gemacht werden können, statt sie hinter einer Bezahlschranke zu verstecken. Auch könnte es darum gehen, verfügbare Lernmaterialien, die in der Unterrichtspraxis entstehen, als offene Bildungsressourcen besser verfügbar zu machen, Qualitätskriterien zu entwickeln und Verknüpfungen zwischen Bildungsangeboten und -anbietern zu befördern.

13. Die Skepsis überwiegt! Deutschland lebt von technischen Erfindungen und ihrem Export. Allein in der Bildung überwiegt in Deutschland, auffallend gerade im internationalen Vergleich, die Skepsis gegenüber digitaler Technik. Warum ist das so? In manchen Ländern, wie Großbritannien oder den USA, soll Bildung vor allem nützlich sein: Ich lerne, um etwas Bestimmtes zu können; wenn digitale Technik dabei hilft: bestens!

In Deutschland verstehen wir Bildung eher als Beitrag zu einer umfassenden Entwicklung von Persönlichkeit, als Chance zur Entwicklung des Menschen. Steht Technik solch hohen Zielen im Wege? Es sollte deutlich gemacht werden, dass das Digitale diesen

europäischen Anspruch von Bildung *nicht* infrage stellt: Das Digitale ist längst mit unserem Handeln verwoben und durchzieht alle Gesellschaftsbereiche. Insofern gilt es, *mit* der Technik zu leben und sie nicht als Gegenspieler des Menschen und der Menschlichkeit aufzufassen.

14. Wer macht was?

Die Liste der Themen macht deutlich: Es geht nicht nur darum, bestimmte Aktivitäten zu initiieren, wie zum Beispiel die Ausstattung von Schulen, sondern es geht perspektivisch auch um das richtige Zusammenspiel der Akteure.

Es gilt, dieses Zusammenspiel neu auszutarieren und sich politisch zu verständigen über die Ziele von Bildung in der digitalen Epoche. Aus manchen Aktivitäten sollte sich der Staat deutlich zurückziehen, etwa wenn es um Softwareentwicklung und -versorgung geht. In anderen Bereichen besteht massiver Handlungsbedarf für politische Initiativen, um den Rahmen für offene Bildung im Internet perspektivisch zu gestalten.

aus:

https://www.focus.de/familie/schule/michael-kerres-lockdown-lehren-es-geht-um-die-zukunft-schulischen-lernens_id_1340918...

Prof. Dr. Michael Kerres (2021): 14-Punkte-Plan von Bildungsforscher: Was sich in der Schule nach Corona ändern muss. Empirische Politik UDE.
https://www.politik-wissenschaft.org/2021/06/24/14-punkte-plan-von-bildungsforscher-was-sich-in-der-schule-nach-corona-aendern-muss/
Lesefassung aus dem Onlinebeitrag. Interaktive Inhalte sind in der Onlinefassung verfügbar.